

Parlament soll nur im Krisenfall online tagen

Kanton Luzern Sollen Mitgliederinnen und Mitglieder des Luzerner Kantonsrats bei Ausfällen wie Krankheit oder nach der Geburt eines Kindes virtuell an Sessionen teilnehmen und abstimmen können? Dieser Frage ging die Regierung aufgrund eines Postulats von Sabine Hesselhaus (Adligenswil) nach. Die fraktionslose Kantonsrätin verlangte, im Rahmen der Revision des Kantonsratsgesetzes eine technisch und rechtlich gesicherte Möglichkeit zur Fern-Teilnahme und -Abstimmung in Ausnahmefällen zu prüfen.

Wie in der nun veröffentlichten Antwort der Regierung ersichtlich ist, lehnt diese dies ab. Sie hält fest, dass eine virtuelle Teilnahme einzelner Ratsmitglieder wegen Krankheit, familiärer Umstände oder anderer kurzfristiger Verhinderungen dem Grundsatz widerspreche, wonach der Kantonsrat seine Beratungen und Beschlüsse grundsätzlich in physischer Anwesenheit fasse. Der direkte Austausch von Argumenten, spontane Reaktionen und persönliche Gespräche zwischen den Fraktionen seien für die parlamentarische Meinungsbildung zentral und virtuell nicht gleichwertig möglich. Remote-Sessionen sollen deshalb höchstens in Krisensituationen infrage kommen, wenn ein physisches Zusammentreten des Kantonsrats insgesamt nicht möglich ist. (sfr)

Korporation wird wohl Genossenschaft

Roggliwil Die Realkorporation Roggliwil soll künftig als öffentlich-rechtliche Genossenschaft organisiert sein. Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat eine entsprechende Botschaft unterbreitet. Möglich ist eine solche Umwandlung gemäss Korporationsgesetz, wenn der organisatorische Aufwand in einem offensichtlichen Missverhältnis zum Vermögen der Korporation steht.

Wie der Botschaft zu entnehmen ist, besitzt die Realkorporation rund 1,5 Hektaren Landwirtschaftsland und 89 Hektaren Wald. Das Eigenkapital beträgt rund 411'000 Franken. Ihr gehören 50 Bürgerinnen und Bürger mit insgesamt 60,5 Realrechten an. Laut Regierung ist der Verwaltungsaufwand für die kleine Körperschaft in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen, insbesondere wegen der Anforderungen an die Rechnungsführung nach dem harmonisierten Rechnungsmodell. Die finanziellen Mittel reichten nicht aus, um diese Vorgaben langfristig verhältnismässig zu erfüllen.

Mit der Umwandlung sollen die Aufgaben der Realkorporation unverändert weitergeführt, die Organisation aber vereinfacht werden. Die Stimmberechtigten der Korporation stimmten dem Schritt am 14. Juli 2026 einstimmig zu. (sfr)

Rösti wirbt für Durchgangsbahnhof

Trotz Kritik am nationalen Ausbauprogramm gehen Bundesrat Rösti und Regierungsrat Peter in die Offensive.

Leandra Sommaruga

Die Grenze, welche die Kantone Luzern und Aargau am Hallwilersee trennt, ist schwierig wegzureden. Die politischen Zuständigkeiten für Luzern enden in Mosen und Aesch, jene für den Aargau in Meisterschwanden und Beinwil am See.

Mit der Seetalkonferenz, die am Montag im Löwensaal in Beinwil am See stattfand, hatten sich die beiden Regionalverbände «Idee Seetal» und Lebensraum Lenzburg Seetal (LLS) vorgenommen, diese Grenze verschwinden zu lassen. Dies sei zumindest das erklärte Ziel, wie Raimund Wenger, Geschäftsleiter der «Idee Seetal» und Gemeinderat von Aesch sagte. Das Motto der Konferenz lautete entsprechend: «Mobilität im ländlichen Raum.»

Unter diesem Aspekt hätte es eine Fülle an Themen zu besprechen gegeben: Zum Beispiel das Parkplatzproblem durch den Ausflugstourismus, kantonsübergreifende Velowege und Busverbindungen oder einen neuen Mitfahrdienst nach dem Taxito-Aus. Auch die Auswirkungen des Bahnhofausbaus in Lenzburg und damit die Zukunft der Seetalbahn hätten Gegenstand einer Diskussion sein können – Andreas Schmid, Verbandspräsident des LLS und Stadtpräsident Lenzburg erwähnte den damit verbundenen Parkplatzwegfall am Rande.

Milliardenprojekt hat Priorität

Die Show aber gehörte Gästen mit anderen Zielen: Aus Luzern war Regierungsrat Fabian Peter (FDP) angereist, aus Aarau Regierungsrat Stephan Attiger (FDP), aus Bern Verkehrsminister



Bundesrat Albert Rösti (rechts) im Gespräch mit dem Luzerner Politexperten Armin Camenzind.

Bild: Leandra Sommaruga (Beinwil am See, 21. 9. 2026)

ter Albert Rösti (SVP). Sie waren an den Hallwilersee gefahren, um das nationale Ausbauprogramm «Verkehr '45» beliebt zu machen. Für rund 56 Milliarden Franken plant der Bundesrat, diverse Bahn- und Strassenprojekte umzusetzen. Das Vernehmlassungsverfahren läuft noch bis zum 9. Oktober.

Das Seetal ist vom nationalen Ausbauprogramm nicht betroffen, zumindest nicht direkt. «Langfristig ist das Ziel, dass die Züge zwischen Luzern und Lenzburg im Viertelstundentakt verkehren», sagte Rösti. Dies würde auch dazu führen,

dass die Seetalbahn gestärkt werde. Damit dieser Plan jedoch Realität werden könne, sei das Projekt des Durchgangsbahnhofs Luzern unabdingbar, betonte der Verkehrsminister.

Für das Projekt hat der Bundesrat einen Kostenrahmen von 5,1 Milliarden Franken festgelegt. Umgesetzt werden soll es in zwei Etappen: In der ersten Etappe würden der Tiefbahnhof und der Dreilindentunnel umgesetzt, in der zweiten Etappe der Neustadttunnel und der Anschluss Gütsch. Eröffnet werden soll der neue Bahnhof gemäss heutigem Stand 2045.

Für den Verkehrsminister ist der Durchgangsbahnhof Luzern ein «prioritäres Projekt» mit grosser Wichtigkeit für die ganze Region. Dass mit den Milliardenausgaben an anderen Stellen gespart werden müsse, sei möglich, so Rösti: «Doch sollte es nötig sein, im regionalen Angebot zu sparen, wird das sicher nicht im Seetal sein.»

«Warten Sie nicht auf den grossen Wurf»

Lediglich am Rande erwähnt wurde indes ein anderes Projekt von «Verkehr '45»: der Spurausbau auf der A1 zwischen Aarau

Ost und Birrfeld. Wer mit dem Auto aus dem Seetal Richtung Zürich oder Aarau zur Arbeit pendelt, ist von diesem Projekt betroffen.

Dass der Erweiterung des Autobahnabschnitts auf sechs Spuren aber keine Ausführungen folgten, dürfte auch daran liegen, dass das Projekt im Aargau bisher weitgehend unumstritten und weit weniger prestigebehaftet ist als der Durchgangsbahnhof Luzern. Gemein ist den beiden Projekten jedoch, dass die Finanzkontrolle des Bundes hinter beide Vorhaben ein Fragezeichen macht. Vergangene Woche veröffentlichte sie einen Bericht, in dem sie das gesamte Ausbauprogramm in Zweifel zog und einen Übungsabbruch forderte. Entsprechend legte sich an der Konferenz auch Fabian Peter ins Zeug, den Durchgangsbahnhof zu bewerben.

Stephan Attiger nutzte die Bühne, um auf das Pilotprojekt «iamo» aufmerksam zu machen: So wird im Furttal derzeit ausprobiert, wie selbstfahrende Fahrzeuge in Zukunft im öffentlichen Verkehr genutzt werden könnten. Die Erwartungen, dass die Autos im Seetal bald autonom fahren, dämpfte die Verkehrsingenieurin Jacqueline Stutz aus Zug in ihrem Referat jedoch schon vorab. Bis in der Schweiz selbstfahrende Autos unterwegs seien, werde es dauern. Ihr Tipp für die Mobilität im Seetal: «Steigern Sie die Lebensqualität. Fokussieren Sie auf die gemeindeeigenen Strassen und warten Sie nicht auf den grossen Wurf – nicht auf die selbstfahrenden Autos und auch nicht auf den Durchgangsbahnhof Luzern.»

Kanton Luzern justiert seine Energiepolitik

Der Regierungsrat will saisonale Speicher fördern, findet Subventionen für Batteriespeicher aber unnötig.

Alexander von Däniken

So klar das erklärte Ziel von netto null Treibhausgasemissionen bis 2050 ist, so komplex ist der Weg dorthin. Was soll der Staat subventionieren? Welche Vorschriften sind nötig? Um solche Fragen geht es auch in fünf Vorstössen, die Luzerner Kantonsräte eingereicht haben – und deren Stellungnahmen der Regierung jetzt vorliegen.

Wärmespeicher fördern

Dank der wachsenden Zahl an Solaranlagen gibt es im Sommer genügend Energie, dafür wird es im Winter knapp. Eine Lösung sind saisonale Energiespeicher, die mit Erdwärme oder Wasser funktionieren und in Fernwärmenetze eingebunden sind. Grüne-Kantonsrat Samuel Zinden verlangt mit einem breit abgestützten Postulat, dass die Regierung Möglichkeiten zur finanziellen Förderung solcher Energiespeicher prüft. Mittler-

weile ist die Massnahme im aktualisierten Planungsbericht Klima und Energie aufgeführt, weshalb die Regierung den Vorstoss befürwortet. In Abstimmung mit der Energiespeicherstrategie des Bundes würden konkrete Massnahmen für den notwendigen Ausbau der Infrastruktur für saisonale thermische Speicherung geprüft.

Batteriespeicher subventionieren

Solarenergie verursacht auch kurzfristigere Schwankungen im Stromnetz: tagsüber bei Sonnenschein wird viel Energie produziert, nachts keine. Batteriespeicher können diese Schwankungen glätten. Von einer finanziellen Förderung solcher Systeme, wie es Grüne-Kantonsrätin Eva Lichtsteiner in ihrem Postulat vorbringt, hält die Regierung aber nichts. Gemäss Aussagen von Vertretern der Solarbranche würden schon heute 80 bis 90 Prozent der neuen PV-Anlagen mit einem Batteriespei-

cher installiert. Die Speicher seien bereits wirtschaftlich. Und weil der Bund keine Subventionen kennt, müsste der Kanton die Fördermittel allein stemmen. Das würde je nach Ausgestaltung eine fünf- bis sechsstellige Summe pro Jahr kosten.

Solaranlagen umrüsten

Um das Stromnetz in sonnigen Stunden nicht zu überlasten, kann der von Solaranlagen eingespeiste Strom limitiert werden, wobei der Rest des produzierten Stroms für den Eigenbedarf zur Verfügung steht. Seit diesem Jahr darf der Verteilnetzbetreiber ohne Zustimmung des Produzenten und ohne Zahlung einer Vergütung bis zu 3 Prozent der jährlich erzeugten Energie abregeln. Es gibt auch die Möglichkeit, Anlagen technisch umzurüsten. Solche Umrüstungen sollte der Kanton Luzern gemäss einem Postulat von SP-Kantonsrat Marc Horat fördern. Das hält die

Regierung für nicht nötig. Es sei Sache der Verteilnetzbetreiber, die Solaranlagenbetreiber für die Kosten der technischen Anpassungen zu entschädigen.

Investitionsstau verhindern

Werden Gebäude saniert und die Baukosten betragen mehr als 30 Prozent des Gebäudev ersicherungswerts, dann gelten im Kanton Luzern energetische Minimalanforderungen. Diese Schwelle führt dazu, dass viele Eigentümerinnen und Eigentümer auf notwendige Sanierungen verzichten oder diese verzögern, um die Grenze nicht zu überschreiten. SVP-Kantonsrätin Jasmin Ursprung fordert mit einer breit abgestützten Motion die Abschaffung dieser Schwelle.

Damit ist der Regierungsrat einverstanden. Rückmeldungen von Bauherrschaften und Planerinnen hätten bestätigt, dass die Regelung oft zu einem «unerwünschten Investitions-

hemmnis» führe. Zudem komme die Bestimmung nicht in den Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich vor, was bei ausserkantonalen Fachplanern zu Verunsicherung geführt habe.

Gesetzesverschärfungen drosseln

Für die zahlreichen Massnahmen im Energiebereich muss das kantonale Energiegesetz regelmässig angepasst werden. Voraussichtlich im Oktober berät der Kantonsrat über eine Gesetzesrevision, die unter anderem Verschärfungen bei den Heizungen zum Ziel hat. SVP-Kantonsrat Fabian Stadelmann verlangt mit einem Postulat, einen Marschhalt einzulegen, bis eine umfassende Kosten-, Nutzerhebungs- und Tragfähigkeitsanalyse vorliege. Davon hält die Regierung nichts. Sie verweist auf die Aufträge einer Mehrheit des Parlaments und auf die Klimaschutzziele im Gebäudesektor.